

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

*Recht kräftiges
 Wirtschaftswachstum
 im zweiten
 Quartal 2016*

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft verlangsamte sich im Frühjahr 2016. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Vierteljahr saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 0,4%, nach einem kräftigen Anstieg um 0,7% im Winter. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten war damit nach wie vor überdurchschnittlich. Ausschlaggebend für die schwächere wirtschaftliche Dynamik war ein deutlicher Rückgang der Investitionstätigkeit sowohl bei den Ausrüstungen als auch in der Bauwirtschaft. Zudem wuchs der private Verbrauch weniger stark als zu Jahresbeginn. Der Ausgang des Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union (EU) hatte dagegen im Frühjahr noch kei-

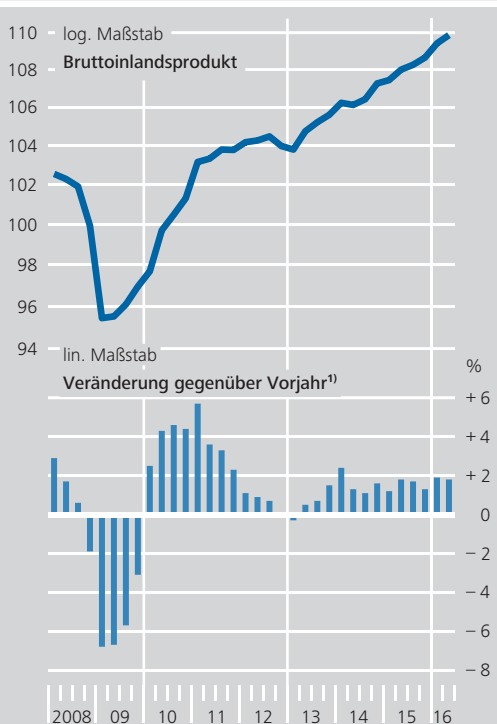
nen Einfluss auf die deutsche Wirtschaft. Auch die künftigen Auswirkungen dürften – zumindest in kurzer Frist – recht gering ausfallen.

Die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen dürfte auf eine Gegenbewegung zu dem Investitionsschub zu Jahresbeginn zurückgehen. Dabei wird auch eine Rolle gespielt haben, dass sich die Industriekonjunktur weiterhin nicht nachhaltig belebte. Der Rückgang der Bauinvestitionen war wiederum zum großen Teil witterungsbedingt, denn außergewöhnlich milde Temperaturen hatten im Winter zusätzliche Bauproduktion ermöglicht, die jetzt entfiel. Die langsamere Gangart des privaten Verbrauchs dürfte auch mit dem Umschwung von fallenden zu steigenden Ölpreisen zusammenhängen, denn dadurch schmolzen die zuvor realisierten Kaufkraftgewinne zusammen. Stabilisierend wirkte dagegen die recht kräftige Dynamik bei den Exporten. Ausschlaggebend war hier die erstarkte Nachfrage aus dem Euro-Raum, welche die im zweiten Quartal schwächelnden Impulse aus Drittstaaten kompensieren konnte.

*Sondereinflüsse
 bei den
 Investitionen*

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2010 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Die deutschen Exporte waren im Frühjahr eine wichtige Stütze des Wirtschaftswachstums. Ihre Schwächephase der zweiten Hälfte des Jahres 2015 scheint damit überwunden zu sein. Die Wareneinfuhren stiegen gegenüber dem Vorquartal preis- und saisonbereinigt erneut spürbar an. Dabei waren nach den für April und Mai vorliegenden regionalen Angaben die Ausfuhren in die Länder der Europäischen Währungsunion für das gute Ergebnis maßgeblich. Die Lieferungen in die sonstigen EU-Länder gingen dagegen zurück. Hier stach vor allem ein kräftiger Rückgang der wertmäßigen Ausfuhren in das Vereinigte Königreich heraus, bei dem Wechselkurseffekte eine Rolle gespielt haben dürften. Außerhalb der EU mussten die deutschen Exporteure kräftige Einbußen bei den Lieferungen nach Russland, vor allem aber in die Vereinigten Staaten verkraften. Letzteres könnte mit den Lageranpassungen in den USA zusam-

*Exporte weiterhin wichtiger
 Wachstumsfaktor*

menhängen, die im Regelfall stark auf die Importnachfrage wirken. Ein spürbares Plus war dagegen im China-Geschäft zu verzeichnen. Stark wuchsen – nach dem Stillstand zu Jahresbeginn – auch die Lieferungen in die OPEC-Länder. Dies könnte mit den gestiegenen Rohölnotierungen zusammenhängen.

*Ausrüstungs-
investitionen
rückläufig*

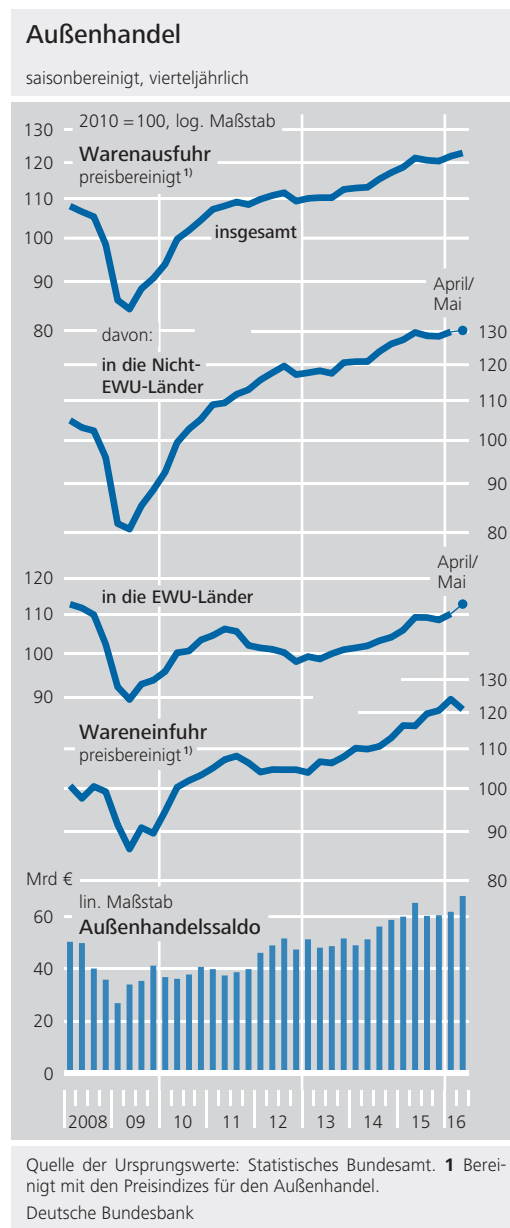
Die Investitionsaktivität schwächte sich im Frühjahr 2016 ab. Dies galt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen: Nach dem starken Jahresauftakt kam es hier zu einer Gegenbewegung. Unter anderem wurde wohl nur zurückhaltend in den Fuhrpark investiert, denn die Zulassungen gewerblicher Kraftfahrzeuge gingen nach einem kräftigen Plus im Vorquartal sehr stark zurück.

*Positive Baukon-
junktur vorüber-
gehend durch
wetterbedingte
Rückpralleffekte
überlagert*

Auch die Bauinvestitionen verloren im Frühjahr deutlich an Schwung. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf eine Korrektur des wetterbedingten Produktionsschubs im Winter zurückzuführen. Insgesamt erscheint die gute Baukonjunktur ungebrochen.

*Privater Konsum
durch höhere
Energiepreise
gedämpft*

Der private Konsum war im Frühjahr saisonbereinigt weniger dynamisch als im Vorquartal. Die Rahmenbedingungen sind allerdings weiter vorteilhaft, denn die Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven sind nach wie vor gut. Zusätzliche Unterstützung kommt in diesem Jahr von steigenden staatlichen Transferzahlungen. Ursächlich für die Delle im Frühjahr war vermutlich in erster Linie der Umschwung bei den Rohölnotierungen. Sie waren nach dem starken Rückgang um den Jahreswechsel 2015/2016 zwischenzeitlich spürbar gestiegen und schmälerten die Kaufkraft der privaten Verbraucher. Die Umsätze im Einzelhandel stiegen nur wenig, und in realer Rechnung war sogar ein leichtes Minus zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildete lediglich der Sortimentsbereich Schuhe und Bekleidungswaren, wo die Nachfrage – nach einer wohl wetterbedingten Flaute im Winter – kräftig stieg. Nach wie vor günstig dürften sich dagegen die Umsätze im Pkw-Handel auf den privaten Verbrauch ausgewirkt haben. Darauf weist die im Frühjahr zum dritten Mal in Folge



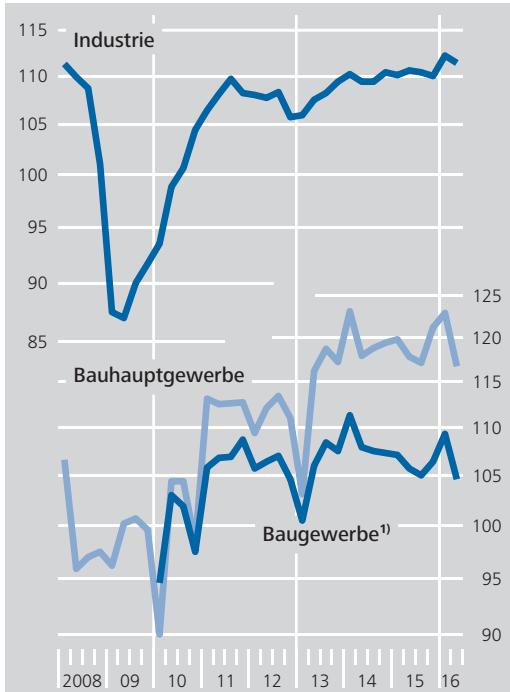
gestiegene Zahl der Kfz-Zulassungen nicht-gewerblicher Halter hin.

Die Einfuhren fielen im Frühjahr saisonbereinigt kräftig. Hier schlug sich die temporär schwache Binnennachfrage nieder. In realer Betrachtung war der Rückgang stärker als nominal, denn die Energiepreise, und damit auch die Importpreise insgesamt, stiegen nach dem Einbruch um den Jahreswechsel wieder. In regionaler Hinsicht war der Rückgang der nominalen Warenimporte recht breit angelegt. Deutlich weniger Waren wurden vor allem aus den Ländern außerhalb der EU nachgefragt. Hier stachen die neuen Industriestaaten Asiens, Russland, die

*Einfuhren kräftig
gefallen*

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

im Vergleich zum Aprilwert leicht und übertraf spürbar seinen langjährigen Durchschnittswert, der als normaler Auslastungsgrad gilt. Dies deutet im Verein mit der zunehmend aufgehellten Geschäftslage und den guten Geschäftserwartungen darauf hin, dass die Industriekonjunktur trotz der jüngsten Gegenbewegung bei der Produktion intakt ist.

Die Erzeugung im Baugewerbe fiel gegenüber dem ersten Quartal 2016 saisonbereinigt überraschend kräftig (-4¼%). Zu einem erheblichen Teil geht dies auf die starke Produktionssteigerung zu Jahresbeginn zurück, die durch außergewöhnlich milde Witterungsverhältnisse begünstigt wurde. Offenbar führte dies nicht zu zusätzlicher Produktion, was vor dem Hintergrund der guten Auftragslage nahe gelegen hätte. Vielmehr wurden wohl Bauaktivitäten lediglich zeitlich vorgezogen und entfielen daher in den Frühjahrsmonaten. Im Bauhauptgewerbe war dieser Rückpralleffekt besonders stark.

Bauleistung sinkt überraschend kräftig

OPEC-Länder, die Vereinigten Staaten und China besonders heraus.

■ Sektorale Tendenzen

Die Industrieproduktion ging im zweiten Vierteljahr spürbar zurück. Der Stand des Vorquartals wurde saisonbereinigt um ¾% verfehlt. Damit verringerte sich die Lücke zwischen der industriellen Fertigung, die zu Jahresbeginn unerwartet kräftig gestiegen war, und der verhaltenen Auftragsentwicklung im Winterhalbjahr. Ein Minus mussten dabei die Produzenten der Vorleistungs- und der Investitionsgüter verzeichnen; die deutschen Maschinenbauer hatten hier mit 2¾% den stärksten Rückgang zu beklagen. Lediglich die Konsumgüterhersteller konnten ihre Ausbringung leicht steigern.

Die rückläufige Entwicklung in der Industrie im zweiten Vierteljahr spiegelte sich nur bedingt in den industrienahen Dienstleistungsbranchen wider. So signalisieren die Konjunkturindikatoren lediglich eine Seitwärtsbewegung, aber keinen Rückgang beim Umsatzvolumen im Großhandel. Laut Umfrage des ifo Instituts verbesserte sich die Lageeinschätzung im Großhandel im zweiten Quartal sogar. Auch in anderen Dienstleistungssektoren hellte sich die Beurteilung der Lage etwas auf. Leicht rückläufig dürften sich allerdings die Umsätze im Kfz-Handel entwickelt haben, denn die Zahl der zugelassenen Kraftwagen ging im zweiten Vierteljahr – nach einem ganz erheblichen Anstieg zu Jahresbeginn – kräftig zurück. Der Einzelhandel verzeichnete nach bereits im Vorquartal schwachem Wachstum in der Berichtsperiode keine weiteren Umsatzsteigerungen.

Dienstleistungskonjunktur bleibt robust

Industrieproduktion spürbar im Minus, ...

... aber Industriekonjunktur dennoch intakt

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe lag Angaben des ifo Instituts zufolge im Juli bei 84¾%. Damit stieg er

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Positive Arbeitsmarktentwicklung im Frühjahr fortgesetzt

Die Lage am Arbeitsmarkt stellte sich nach wie vor sehr günstig dar. Sowohl die Erwerbstätigkeit als auch die Zahl der offenen Stellen erhöhten sich erneut. Wie schon in den vorangegangenen Quartalen war dies vor allem auf die sehr günstige Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen zurückzuführen. Die konjunkturelle Grundtendenz der Arbeitslosigkeit war ebenfalls positiv. Allerdings stieg durch die zunehmende Zahl von Asylentscheidungen die Zahl der Flüchtlinge, die sich arbeitssuchend melden. Dass die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt dennoch weiter abnahm, lag am zunehmenden Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente.

Nahezu gleichbleibend günstige Beschäftigungsentwicklung

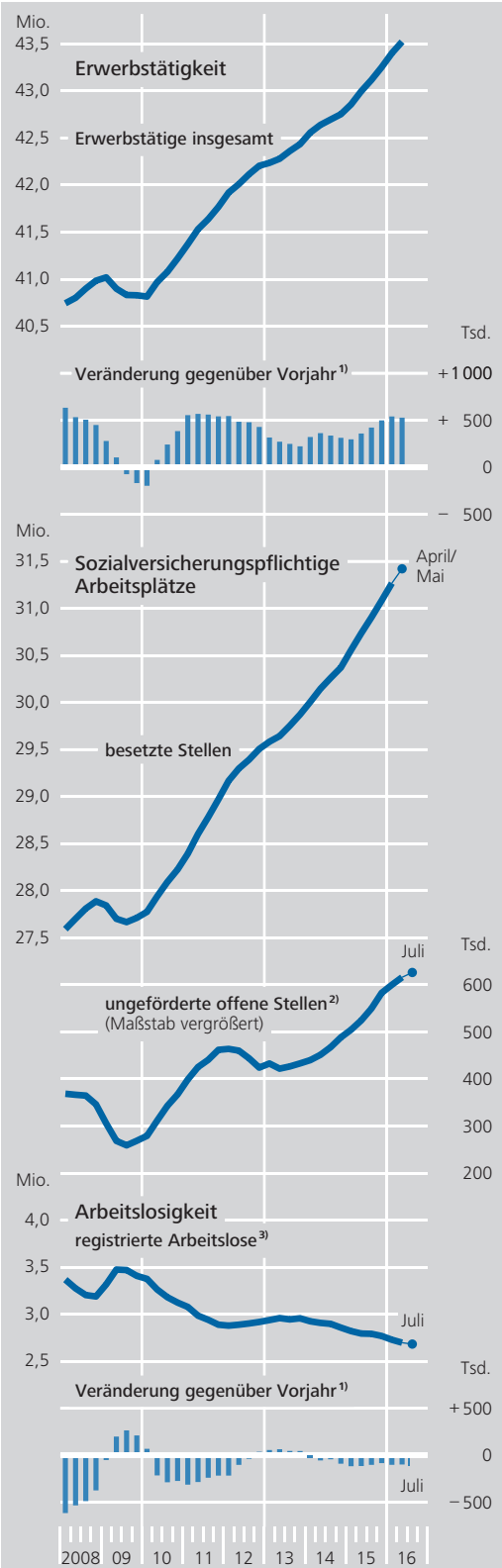
Die Erwerbstätigkeit im Inland expandierte im zweiten Quartal 2016 saisonbereinigt um 121 000 Personen oder 0,3%. Somit fiel der Zuwachs etwas moderater aus als im Winter. Dabei nahm erneut vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Gemäß den ersten Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer allein in den ersten beiden Frühjahrsmonaten schätzungsweise um 0,4% (oder 131 000 Personen) gegenüber dem Durchschnitt der Wintermonate. Der seit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns Anfang 2015 rückläufige Trend bei der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung kam dagegen zuletzt zum Stillstand. Die Zahl der Selbständigen dürfte leicht gesunken sein.

Zunahme vor allem in einigen Dienstleistungsbereichen

In sektoraler Hinsicht wurden zuletzt erneut vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen und des Gesundheits- und Sozialwesens sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Beide Sektoren waren zusammen für etwa die Hälfte des Beschäftigungsanstiegs verantwortlich. In der öffentlichen Verwaltung erfolgten bereits das dritte Quartal in Folge in nennenswertem Umfang Neueinstellungen. Der Stellenzuwachs im Baugewerbe schwächte sich nach

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **3** Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.

Deutsche Bundesbank

dem starken Winterhalbjahr allerdings deutlich ab. Auch im Verarbeitenden Gewerbe wurde nur zögerlich eingestellt.

Zusätzliche Arbeitsnachfrage zum beträchtlichen Teil aus Zuwanderung gedeckt

Die hohe Arbeitsnachfrage wird weiterhin zu einem beträchtlichen Teil durch Zuwanderung gedeckt. Nach der jüngst vorgelegten Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2015 stieg die bereits zuvor hohe Zahl an (Netto-)Zuzügen aus den EU-Staaten nochmals leicht auf 333 000 an. Allein 260 000 Personen kamen aus osteuropäischen EU-Ländern. Gemäß den Angaben des Zuwanderungsmonitors des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ging innerhalb der letzten 12 Monate bis Mai 2016 etwas mehr als die Hälfte des Zuwachses an sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, überwiegend aus EU-Staaten, zurück. Der Zuzug der Flüchtlinge schlug sich dagegen bislang kaum in zusätzlicher Beschäftigung nieder, da viele anfangs nur eingeschränkt am deutschen Arbeitsmarkt einsetzbar sind: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig oder geringfügig Beschäftigten aus den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern Asiens und Afrikas erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um lediglich 32 000.¹⁾

Mehr unterbeschäftigte Flüchtlinge, aber Arbeitslosigkeit sinkt weiter dank guter Konjunktur und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Frühjahr leicht. Im Durchschnitt des Berichtsquartals waren in saisonbereinigter Rechnung 2,70 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, 31 000 weniger als im Durchschnitt der Wintermonate. Die zugehörige Quote verminderte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,1%. Der Rückgang spiegelt die nach wie vor recht kräftige konjunkturelle Grundtendenz wider. Im Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, wurde der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erheblich ausgeweitet. Dies verdeckt die steigende Zahl unterbeschäftigter Flüchtlinge in der Arbeitslosenstatistik. Die gesamte Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) nach dem von der BA entwickelten Konzept – diese zählt auch Personen mit, die wegen

ihrer Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme nicht als Arbeitslose erfasst werden – erhöhte sich im Laufe des Frühjahres um etwa 30 000 Personen. Diese Entwicklungen setzten sich im Juli fort: Die Arbeitslosenzahl sank weiter, während die Unterbeschäftigung stieg.

Im Juni legte die BA erstmals spezifische Arbeitsmarktstatistiken zu den Flüchtlingen vor.²⁾ Demnach waren im Juni 297 000 anerkannte Flüchtlinge, Asylbewerber oder Geduldete als arbeitssuchend gemeldet, davon waren 131 000 arbeitslos. Die anderen Arbeitssuchenden standen dem Arbeitsmarkt aufgrund von Integrations- oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zur Verfügung oder waren in einem Umfang von mehr als 15 Wochenstunden erwerbstätig und wurden daher nicht zu den Arbeitslosen gezählt. Mehr als drei Viertel der genannten Arbeitslosen waren anerkannte Flüchtlinge. Diese erhalten bei Hilfebedürftigkeit – dies ist ganz überwiegend der Fall – Arbeitslosengeld II nach SGB II und werden von den Jobcentern betreut.

Erstmals Arbeitsmarktdaten für Flüchtlinge verfügbar

Die positive Beschäftigungsentwicklung dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Die wichtigsten Frühindikatoren der Erwerbstätigkeit – ifo Beschäftigungsbarometer, IAB-Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung sowie der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – blieben in den letzten Monaten sehr stabil. Auch die DIHK-Umfrage vom Frühsommer zu den Personalplänen der Unternehmen, die einen etwas weiteren Zeithorizont von 12 Monaten umfasst, blieb gegenüber der vorherigen

Anhaltend positive Beschäftigungsaussichten

¹ Siehe: IAB (2016), Zuwanderungsmonitor Juli 2016, Aktuelle Berichte des IAB. Zu den wichtigsten Kriegs- und Krisenländern rechnet das IAB die Staaten Syrien, Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan sowie aus Afrika die Länder Eritrea, Nigeria und Somalia.

² Die bisherige Berichterstattung mit Bezug auf Personen mit einer Staatsangehörigkeit eines der wichtigsten Asylherkunftsländer (unabhängig vom tatsächlichen Status und ohne Berücksichtigung von Flüchtlingen aus anderen Ländern) wurde ergänzt durch die systematische Erfassung des Merkmals „Aufenthaltsstatus“ in den Statistiken der BA. Siehe: BA, Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Hintergrundinformationen, Juni 2016.

Befragung unverändert positiv. Mehr ungeförderde offene Stellen bei der BA vermeldete neben dem Bereich der wirtschaftlichen Dienstleistungen vor allem die öffentliche Verwaltung. Aber auch im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe vergrößerte sich der gemeldete Stellenbedarf. Die Teilkomponente des umgestalteten IAB-Arbeitsmarktbarometers, die die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten projiziert, hat sich zuletzt leicht erhöht. Sie liegt nunmehr geringfügig oberhalb der neutralen Schwelle, was auf eine weitere leichte Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten hindeutet. Hierbei dürfte entscheidend sein, dass im Zusammenhang mit den Flüchtlingen eine weitere Ausweitung der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erwartet wird, weshalb sich die zunehmenden Arbeitsmarkteintritte von Flüchtlingen zunächst weniger stark auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auswirken.

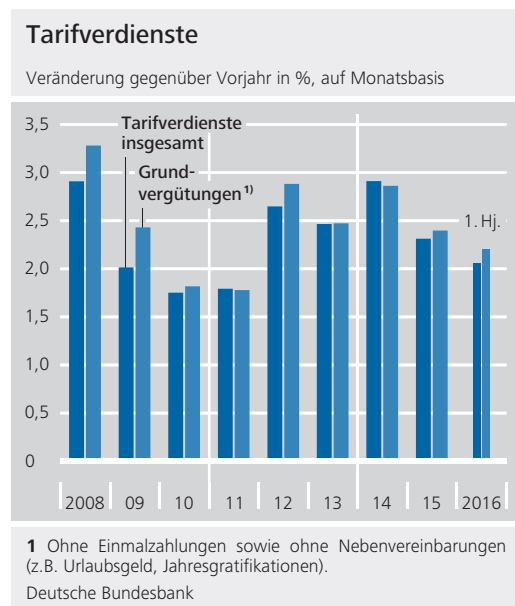
■ Löhne und Preise

Tarifverdienstanstieg auch im zweiten Quartal 2016 verhalten

Die Tarifverdienste insgesamt (einschl. Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen) legten im Frühling 2016 mit +2,2% gegenüber dem Vorjahr wie bereits im Winterquartal 2016 nur verhalten zu. Gründe waren neben den moderaten Lohnerhöhungen der laufenden Tarifrunde, die zudem zum Teil erst nach „Nullmonaten“ verzögert in Kraft treten, negative Basiseffekte aufgrund von Einmal- und Sonderzahlungen im Vorjahresquartal und niedrige Stufenanhebungen aus Tarifvereinbarungen früherer Lohnrunden. Auch die tariflichen Grundvergütungen stiegen im zweiten Quartal mit +2,1% weiter nur verhalten.

Überwiegend moderate Abschlüsse in der laufenden Tarifrunde

Bisher wurden im laufenden Jahr für knapp 8 Millionen Tarifbeschäftigte neue Entgelttarifverträge abgeschlossen. Umgerechnet auf 12-Monats-Basis entsprechen die vereinbarten Volumina einem moderaten Entgeltplus von etwas weniger als 2 1/2%. In manchen Branchen wurden ergänzende Vereinbarungen getroffen, die die Lohnkosten weiter erhöhten und daher



die Entgeltsteigerungen gebremst haben dürften. So wird es beispielsweise Beitragsanhebungen für bestimmte Zusatzversorgungskassen im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden geben, und im Bauhauptgewerbe übernehmen die Arbeitgeber in stärkerem Maß Verpflegungs- und Übernachtungskosten.

Die Mindestlohnkommission empfahl der Bundesregierung einstimmig, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn ab Januar 2017 auf 8,84 € je Stunde anzuheben. Dies entspräche einem Lohnplus von 4% für die Betroffenen. Die Grundlage hierfür bildete die allgemeine Tarifverdienstentwicklung von Januar 2015 bis Ende Juni 2016, gemessen anhand des Tarifindex des Statistischen Bundesamtes ohne Sonderzahlungen auf Stundenbasis.³⁾ Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales kündigte an, diese Empfehlung umsetzen zu wollen.

Anhebung des Mindestlohns auf 8,84 € je Stunde ab 2017

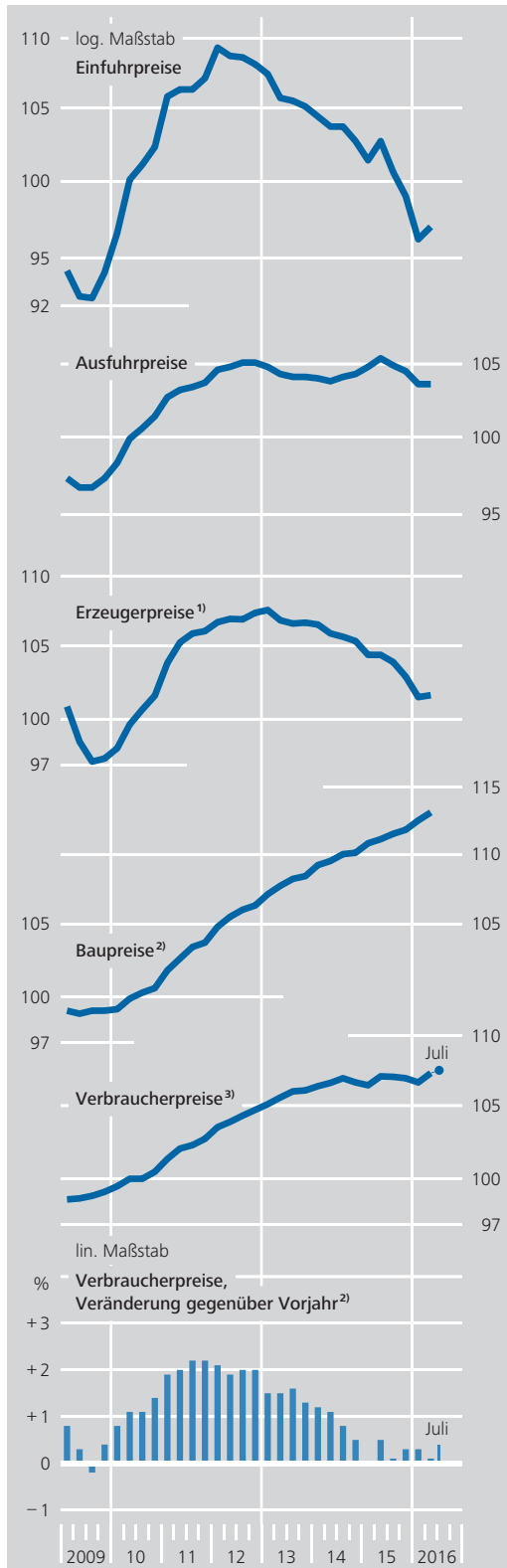
Im zweiten Quartal 2016 setzte sich der Rückgang der Preise nicht weiter fort, sondern die höheren Rohölnotierungen führten auf fast allen Absatzstufen im Vergleich zum Vorquartal zu kräftigen Verteuerungen. Ohne Energie blieb

Preise vor allem wegen Energie auf nahezu allen Absatzstufen gestiegen

³⁾ Die bis zum Stichtag z.T. noch nicht ausgezahlte Tarifanhebung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen wurde von der Kommission mit eingerechnet, da sie vor Juni 2016 rechtswirksam wurde.

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Deutsche Bundesbank

die Grundtendenz dagegen verhalten, wobei sich der Rückgang auf den vorgelagerten Stufen merklich abschwächte. Auf der Verbraucherstufe verstärkte sich der Preisanstieg zwar auch ohne Energie etwas. Dies war aber weitgehend auf außergewöhnliche Einflüsse zurückzuführen.

Die Einfuhrpreise stiegen im Frühjahr saisonbereinigt deutlich an, vor allem weil Energie sich im Zuge der wieder anziehenden Rohölnotierungen kräftig verteuerte. Ohne Energie kam der spürbare Preisrückgang der Vorquartale mehr oder weniger zum Stillstand. Ausschlaggebend dafür war, dass durch anziehende Notierungen für Metalle und Erze die ausgeprägt negative Preistendenz bei Vorleistungen so gut wie zum Erliegen kam. Importierte Konsum- und Investitionsgüter verbilligten sich dagegen wohl auch wegen der leichten Aufwertung des Euro weiter. Die gewerblichen Erzeugerpreise beendeten die Abwärtsbewegung der letzten Quartale und entwickelten sich seitwärts. Aufgrund des geringeren Wägungsanteils von Mineralölprodukten fiel der Anstieg der Rohölnotierungen nicht so kräftig ins Gewicht wie auf der Einfuhrstufe. Er wurde außerdem dadurch aufgewogen, dass der Preisrückgang bei anderen Gütern anhielt, auch wenn er im Gegensatz zu den Vorquartalen nur noch gering ausfiel. Im Vergleich zum Vorjahresquartal sanken die Preise auf der gewerblichen Erzeugerstufe insgesamt allerdings um 2,6% und damit kaum weniger als im Quartal zuvor. Auf der Einfuhrstufe weitete sich der negative Vorjahresabstand sogar leicht auf 5 1/2% aus. Da die Exportpreise binnen Jahresfrist weniger stark als die Importpreise zurückgingen, verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis deutlich.

Negative Preistendenz auf der Einfuhr- und Erzeugerstufe ohne Energie merklich abgeschwächt

Die Baupreise stiegen im zweiten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahr mit + 2,1% zwar immer noch moderat, aber etwas stärker an als in den Quartalen zuvor. Auf dem Immobilienmarkt verstärkte sich der Preisauftrieb im Verlauf des ersten Halbjahres 2016 spürbar. Laut dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) erhöhten sich

Anstieg der Baupreise etwas und der Häuserpreise spürbar verstärkt

die Preise für selbst genutztes Wohneigentum im Durchschnitt der ersten beiden Jahresviertel um 5½% über den Vorjahresstand, nach 4½% im Jahr 2015.

Merklicher Preisanstieg auf der Verbraucherstufe wegen Energie und Sonderfaktoren

Die Verbraucherpreise stiegen im Frühjahr gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 0,6%. Dies war zur Hälfte auf höhere Energiepreise infolge der gestiegenen Rohölnotierungen zurückzuführen. Ohne Energie verstärkte sich der Preisanstieg zwar ebenfalls etwas, das lag aber vor allem an Sonderfaktoren. So lässt sich der Preissprung bei gewerblichen Waren ohne Energie zum größten Teil durch Schwankungen der Preise für Bekleidung und Schuhe erklären, deren Volatilität in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Darüber hinaus führte eine Anpassung des Mindeststeuersatzes zu höheren Preisen für Tabakwaren. Nahrungsmittel und Dienstleistungen einschließlich Mieten verteuerten sich dagegen nur moderat. Da der Preisanstieg im Frühjahr 2015 ebenfalls sehr kräftig ausgefallen war, reduzierte sich die Vorjahresrate beim nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) von + 0,3% auf + 0,1%. In der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) waren es 0,0%, nach + 0,1%. Ohne Energie verharrten die Raten bei rund + 1%.

Preise im Juli mit Seitwärtsbewegung

Im Juli blieben die Verbraucherpreise saisonbereinigt auf dem Stand des Vormonats. Zwar verbilligten sich Mineralölprodukte infolge der fallenden Rohölnotierungen deutlich. Gleichzeitig verteuerten sich aber unverarbeitete Nahrungsmittel wohl wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse spürbar. Die Preise gewerblicher Waren und von Dienstleistungen änderten sich kaum. Mieten verteuerten sich weiterhin nur moderat. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate sowohl beim VPI als auch beim HVPI + 0,4%, nach + 0,3% beziehungsweise + 0,2%. Ohne Energie waren es jeweils + 1,3%, nach jeweils + 1,1%. Gemäß den jüngsten Terminnotierungen für Rohöl dürfte die Gesamtrate in den kommenden Monaten zwar auf einem ähnlichen Niveau verbleiben, Anfang 2017 aber wieder über 1% liegen.

Auftragslage und Perspektiven

Die deutsche Wirtschaft dürfte auch im Sommer im Einklang mit der recht kräftigen konjunkturellen Grundtendenz expandieren. Ungeachtet des schwachen Auftragszuflusses im zweiten Vierteljahr verbesserte sich die Stimmung in der deutschen Industrie spürbar. Vor dem Hintergrund der intensiven öffentlichen Debatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU haben sich bis jetzt die positiven Erwartungen der deutschen Unternehmen nur geringfügig getrübt. Dies stützt die Einschätzung, dass sich die wirtschaftlichen Folgen des Brexit-Votums für Deutschland – zumindest in kurzer Frist – wohl in engen Grenzen halten werden. Die positiven Erwartungen der Unternehmen im Hinblick auf die Exporttätigkeit sprechen dafür, dass die Ausfuhren im dritten Vierteljahr ebenfalls solide wachsen werden. Insgesamt dürfte die Industrieproduktion im Sommerquartal wieder spürbar zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Aufgrund der bereits überdurchschnittlich ausgelasteten Kapazitäten dürfte dies wieder mehr Investitionen in Ausrüstungen und Maschinen nach sich ziehen. Überdies sollte auch von den Bauinvestitionen im dritten Vierteljahr ein gewisser Schub kommen, nachdem die wetterbedingten Rückpralleffekte in der Bauwirtschaft ausgelaufen sind. Darauf deutet die gute Stimmungs- und Auftragslage im Bausektor hin. Ferner dürfte der private Verbrauch nach der Delle im Frühjahr wieder ein maßgeblicher binnenwirtschaftlicher Wachstumstreiber sein: Die Einkommensperspektiven der Arbeitnehmer sowie die Arbeitsmarktsituation sind weiterhin günstig, und die Rohölpreise haben ihren Anstieg zuletzt nicht fortgesetzt, sondern sind gefallen.

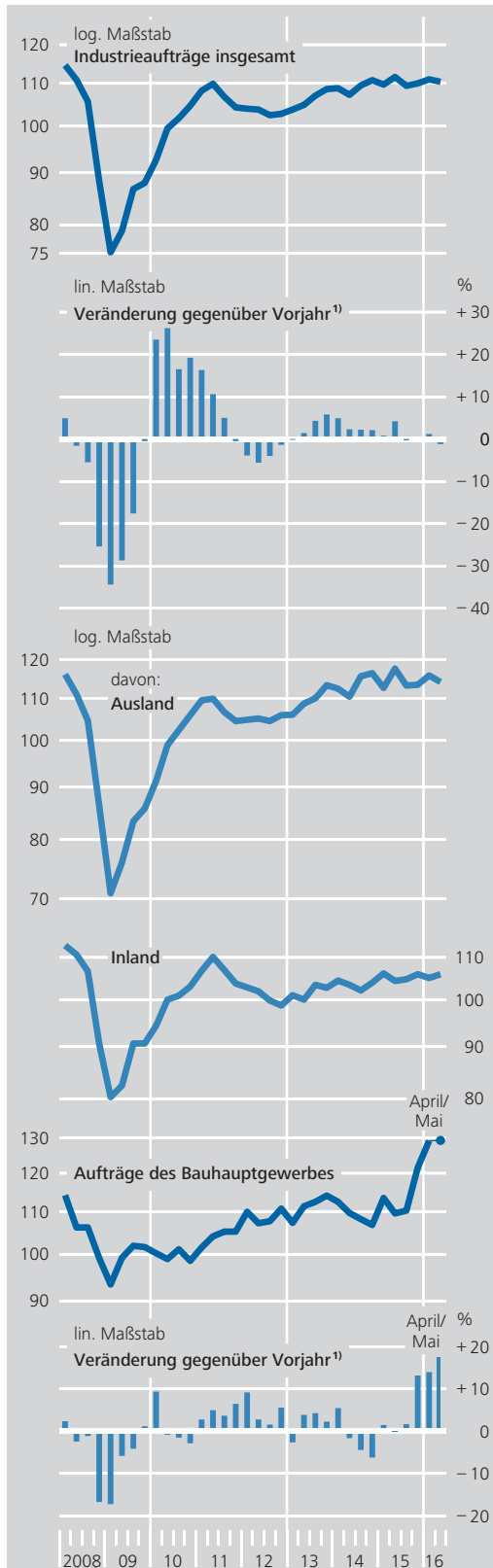
Recht kräftiges Wachstum im Sommerquartal

Die realwirtschaftlichen Auswirkungen des angekündigten Austritts Großbritanniens aus der EU für Deutschland sind gegenwärtig schwer einzuschätzen. Die künftigen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Kooperation sind noch unbekannt, und die Verhandlungen darü-

Brexit verunsicherte deutsche Unternehmen und Konsumenten nur wenig, ...

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

ber werden vermutlich mehrere Jahre dauern. Kurzfristige Auswirkungen könnten sich zum Beispiel über eine Verunsicherung der deutschen Unternehmen und Verbraucher ergeben, wenn dadurch Investitions- und Konsumentscheidungen aufgeschoben werden. Die jüngsten Umfrageergebnisse sprechen aber dafür, dass dies bislang kaum der Fall ist: Die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind – Angaben des ifo Instituts zufolge – nach dem Referendum im Vereinigten Königreich zwar gesunken, befinden sich aber weiterhin im positiven Bereich und sind nach wie vor besser als im ersten Vierteljahr 2016. Die Produktions- und Exporterwartungen in der Industrie verschlechterten sich ebenfalls nur geringfügig. Im Großhandel und im sonstigen Dienstleistungssektor ohne Handel war nach Umfragen des ifo Instituts zuletzt sogar eine leichte Verbesserung der Geschäftserwartungen zu verzeichnen. Laut einer Sonderumfrage der Industrie- und Handelskammern⁴⁾ planen die meisten Unternehmen in Deutschland zudem nicht, ihre Investitionen und die Beschäftigtenzahl während der Verhandlungsphase zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zu reduzieren. Auch blieben die privaten Verbraucher zuversichtlich. Der von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) geschätzte Konsumklima-Indikator für August blieb gegenüber Juli fast unverändert. Die eigene Arbeitsplatzsicherheit sehen die meisten von der GfK befragten Beschäftigten durch den Ausgang des Brexit-Referendums nicht gefährdet.

Ein gewisser Einfluss könnte sich allerdings bereits in kurzer Frist über den Außenhandel ergeben, da dieser durch Wechselkursveränderungen und die erhöhte Unsicherheit im Vereinigten Königreich beeinflusst wird. Letztere führt dort zu Nachfrageausfällen, die auch die Importe und damit die deutschen Exporte

... aber bereits in kurzer Frist gewisser negativer Einfluss auf Außenhandel möglich

4 In der Zeit vom 27. bis zum 29. Juni 2016 befragten die Industrie- und Handelskammern 5 672 Unternehmen in Deutschland zu den realwirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit-Votums. Siehe hierzu auch: Pressemeldung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags vom 7. Juli 2016; aufrufbar unter <http://www.dihk.de/presse/meldungen/2016-07-07-blitzumfrage-brexit>

dämpfen. Im Jahr 2015 exportierte Deutschland Waren im Wert von 89,3 Mrd € in das Vereinigte Königreich. Die Bruttowertschöpfung dieser Exporte entspricht etwa 2% der gesamtwirtschaftlichen Leistung Deutschlands, woran die Kfz-Branche einen besonders großen Anteil hat. Den negativen Auswirkungen der kräftigen Abwertung des britischen Pfunds auf die deutschen Ausfuhren stehen die positiven Effekte der Abwertung des Euro gegenüber vielen anderen Währungen entgegen. Darüber hinaus kann die deutsche Wirtschaft beispielsweise betroffen sein, wenn der anvisierte EU-Austritt des Vereinigten Königreichs die grenzüberschreitenden Investitionsströme und die Wanderungen der Arbeitnehmer beeinflusst.

*Auftrags-
eingänge in der
Industrie trotz
höherer Bestel-
lungen aus dem
Euro-Raum rück-
läufig*

Der Auftragseingang in der Industrie verringerte sich im Frühjahr saisonbereinigt um ½%. Während zu Jahresbeginn noch die Impulse aus Drittstaaten dominierten, stiegen im zweiten Quartal die Bestellungen aus dem Euro-Raum erheblich. Hiervon konnten vor allem die deutschen Investitionsgüterhersteller profitieren. Es gab auch deutlich mehr Orders aus dem Inland, insbesondere bei Vorleistungs- und Konsumgütern. Die Aufträge aus Drittstaaten gingen dagegen kräftig zurück. Ausschlaggebend für den Umschwung in der regionalen Herkunft des Auftragsstroms waren Großbestellungen, denn sie fehlten aus Drittstaaten, während sie aus dem Inland und dem Euro-Raum zulegten. Dies deutet darauf hin, dass sich die gegenwärtige

Tendenz bei den Exporten weiter verfestigen dürfte und die deutsche Industrie vermehrt von der erstarkten Nachfrage aus dem Euro-Raum profitieren wird.

Nach dem kräftigen Rückgang im Frühjahr dürfte der Bausektor im dritten Vierteljahr auf einen Wachstumskurs zurückkehren. Die überdurchschnittlich hohen Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe verbesserten sich weiter leicht, und der Auftragszugang blieb etwa auf dem hohen Stand des Vorquartals. Im Verein mit der spürbar gestiegenen Auftragsreichweite sollte dies für einen deutlichen Nachfrageimpuls sorgen, sodass einem starken Produktionszuwachs allenfalls Angebotsengpässe entgegenstehen könnten. Die Verteilung der neuen Orders zwischen den einzelnen Baubereichen war von starker Heterogenität geprägt. Die stärksten Impulse waren beim gewerblichen Hochbau zu verzeichnen, während der Straßenbau deutlich weniger Aufträge erhielt.

*Baukapazitäten
weiterhin stark
ausgelastet*

Die weiterhin gute Lage am Arbeitsmarkt, hohe Einkommenserwartungen sowie stabile Preise und auch die zur Jahresmitte besonders hoch ausgefallenen Rentenanpassungen bilden nach wie vor günstige Rahmenbedingungen für eine dynamische Verbrauchskonjunktur. Die sehr gute Stimmungslage unter den Verbrauchern spricht dafür, dass der private Konsum in den Sommermonaten weiter auf Expansionskurs bleibt.

*Gute Aussichten
für den privaten
Konsum*